

Nachstehend wird die Universitätsentwicklung in Deutschland einschließlich der Rahmenbedingungen skizziert, soweit dies im Rahmen dieser Arbeit notwendig erschien. Für das historische Verständnis wird dazu anfänglich auch auf die Entwicklungen seit der Etablierung der Universitäten im 19. Jahrhundert Bezug genommen.

2.1 Universitäten und gehobene Bildungsschicht im 19. Jahrhundert

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts begannen die Bildungsreformen in Preußen, durch welche die universitären Entwicklungen in Deutschland entscheidend geprägt wurden. Bereits ab 1817 existierte ein preußisches Kultusministerium, dem die preußischen Universitäten direkt unterstanden und das ab 1809 von Wilhelm von Humboldt als Sektion geleitet wurde. Die dann ein Jahr später unter seiner Mitwirkung gegründeten Universität in Berlin mit Gottlieb Fichte als erstem Rektor wurde später zum Symbol der Umsetzung des „Humboldtschen Bildungsideales“.¹ Allerdings waren die eigentlichen (damaligen) Reformuniversitäten Halle (1693) und Göttingen (1733) schon etwa ein Jahrhundert vorher gegründet worden und galten Berlin sowie weiteren Universitäten als Vorbild.

1812 wurden in Preußen das Abitur festgelegt sowie – damit verbunden – Gymnasien eingerichtet. 1834 wurden die Zulassungsprüfungen an den Universitäten abgeschafft, wodurch das Abitur als Zulassungsschlüssel für Universitäten aufgewertet wurde. Für alle relevanten Gesellschaftsbereiche wurde die Pflicht der Staatsexamen eingeführt.

¹Wobei hierzu differenzierte Vorstellungen bestehen, im Allgemeinen aber die Prinzipien: Einheit von Forschung und Lehre, umfassende Allgemeinbildung sowie staatliche Unabhängigkeit (siehe z. B. Benner 2003; Spitta 2006).

Sämtliche privilegierte Stellungen in der Gesellschaft waren so ab diesem Zeitpunkt nicht nur an ein bestimmtes Fachwissen gebunden, sondern an Bildung überhaupt (Weber 1988, S. 235). Das auf diese Weise etablierte horizontale Stufensystem wirkte selektiv und damit ausgrenzend bzw. umgekehrt für die etablierten Schichten selbsterhaltend, was sowohl jüngere als auch ältere Statistiken belegen. Diese Auswirkungen sind bis heute zu beobachten.²

2.1.1 Herkunft und Berufungspraxis

Ein grundsätzliches Merkmal der deutschen Wissenschaftsentstehung ist die starke neue *obere Mittelschicht*. Prinzipiell ging diese neue Gesellschaftsschicht aus verschiedenen und dabei auch nicht nur adligen und kirchlichen Bevölkerungskreisen hervor, welche sich im Staatsdienst, in lehrenden Berufen, durch eine juristische Laufbahn, im Klerus oder in der Medizin beruflich etablierten. Die so entstehende neue Mittelschicht, einerseits am Staatsdienst, andererseits universitär orientiert, erlangte im 18. Jahrhundert eine Position, in der sie nicht nur mehr einfach untergeordnete Staatsdiener waren, sondern es war eine Gesellschaftsschicht, die zunehmend Macht und Einfluss erlangte. Dabei bestand die besondere Situation in Deutschland darin, dass sich hier eine Gesellschaftsschicht etablierte, welche weder wie die französischen Intellektuellen eine enge Bindung zur Aristokratie besaß noch wie in England eine enge Bindung zu den aufstrebenden Industriellen. In Deutschland vereinigten sich stattdessen drei Strömungen: Zum ersten entstand eine bürokratisch-rational ausgerichtete Intelligenzschicht. Vor allem die Universität Halle, wo vorrangig preußische Beamte ausgebildet wurden, spielte hier eine herausragende Rolle. Gleichzeitig wurden im aufstrebenden deutschen Neuhumanismus die Universitäten Göttingen und Jena sowie später Berlin Sinnbild für das Streben nach einer Erziehung im Sinne einer harmonischen Gesamtentwicklung des Menschen. Die dritte größere Gruppierung innerhalb der neu entstehenden Bildungselite war die protestantische Pastorenelite, welche ihre Autorität aus ihrer religiösen Mission ableitete und im Zuge der Reformierung des Bildungssystems (Einrichtung fester Abschlüsse als Staatsexamen, Abiturregelungen usw.) immer weiter an Einfluss verlor (Ringer 1987).

Diese Gesellschaftsschicht ist durch die Analyse der familiären Herkunft der universitären Vertreter auch noch differenzierter beschreibbar:

In den *Geisteswissenschaften* waren nur

- 2 % der Wissenschaftler ab 1803 bis 1904 adliger Herkunft,
- aus der oberen Mittelschicht (Staatsbeamte, Hofbeamte, Justizbeamte, Pfarrer, Professoren, Offiziere u. Ä.) ca. 54 % (mit leicht sinkender Tendenz bis 1914),

²Die zwischen 1860 und 1889 Habilitierten waren zu 65 % Söhne von höheren Beamten, Offizieren, Professoren usw. (Ringer 1987, S. 47). Zu jüngeren Arbeiten zur Elitenbildung siehe hier vor allem: Hartmann (2002).

- aus dem freiberuflichen Bürgertum (Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker usw.) 8,2 % (mit nur leicht ansteigender Tendenz),
- aus dem Besitzbürgertum (Gutsbesitzer, Industrielle, Großhändler u. a.) ca. 8 % mit zunehmender Tendenz bis 1914,
- aus der alten unteren Mittelschicht der Gesellschaft (Bauern, Handwerker, Verwalter u. Ä.) 22 % (mit leicht abnehmender Tendenz bis 1914),
- aus der neuen unteren Mittelschicht (Staatsbeamte, Postbeamte usw.) ca. 6 % (mit gleich bleibender Tendenz bis 1914),
- aus der Unterschicht lediglich 0,6 (1803) bzw. 1,1 % (1914).

In den *Naturwissenschaften* waren die Ausprägungen ähnlich. Hier lag im Jahr 1803 der Anteil des freiberuflichen Bürgertums gegenüber den Geisteswissenschaften etwas höher (statt 8 % waren es ca. 14 %). Hatte 1914 das Besitzbürgertum unter den Naturwissenschaftlern etwas höhere Anteile als unter den Geisteswissenschaftlern (21,5 statt 15,3 %), war die neue untere Mittelschicht in den Naturwissenschaften 1803 noch weniger vertreten als in den Geisteswissenschaften (5,1 statt 6,4 %), und umgekehrt war die Unterschicht unter den Naturwissenschaftlern 1803 mit ca. 3,4% vertreten, unter den Geisteswissenschaftlern mit nur 0,6 %. 1914 waren die Anteile der Unterschicht unter den Naturwissenschaftlern und unter den Geisteswissenschaftlern dann ähnlich (1,1 bzw. 1,2 %) (Baumgarten 1997, S. 287 ff.).

Insgesamt waren die Herkunftsverhältnisse unter den Geistes- und Naturwissenschaftlern also in ihren prozentualen Verhältnissen zueinander ähnlich.

Die über ein Jahrhundert gleich bleibende Konsolidierung dieser Verhältnisse an den Universitäten hatte mehrere Ursachen. Die Art und Weise der Berufungen der Professoren war dabei ein entscheidender Faktor. Hinsichtlich dieser können mehrere Ausprägungen herauskristallisiert werden, bei denen sich grob drei Phasen der Berufungspraxis unterscheiden lassen:

1. In der ersten Phase der Berufungspraxis waren *familienprotektionistische* Berufungen typisch. Die Folge dessen war die Herausbildung weitreichender verwandtschaftlicher Beziehungen an den Universitäten, die solch ein Ausmaß erreichten, dass für diese Phase der universitären Entwicklung die Bezeichnung „Familienuniversitäten“ verwendet wurde (Baumgarten 1997, S. 93 ff.). Die Ursache für diese auffällige Ausprägung lässt sich durch die hohe Mitsprache der schon etablierten Universitätsvertreter beim Nachrücken ihrer Nachfolger erklären, welche dadurch auch hinsichtlich unterschiedlicher fachlicher Bewertungen beschränkt bzw. auf einen geringen Personenkreis beschränkt war.
2. Durch die Zunahme der Mitsprache von Landesvertretern bei Berufungen kristallisierte sich eine zweite Ausprägungsphase heraus, die der *landesprotektionistischen* Berufungen. Der eigene beste wissenschaftliche Nachwuchs oder der besonders begabte von außerhalb des Landes wurde nun (zur Stärkung der Wissenschaften des eigenen Landes) berufen. Durch das Ziel eines hohen Qualifikationsniveaus der zu

Berufenden – also letztlich das zunehmende Interesse an Berufungen nach Leistung – kam es teilweise zum Aufbrechen der alten familiären Machtstrukturen an den Universitäten durch die aktive Einmischung seitens entsprechender Landesvertreter und anderer Persönlichkeiten.

3. Mit der Zunahme der Universitäten und einer Diversifizierung der Wissenslandschaft entstand die dritte Ausprägungsphase, die *schulenprotektionistische*, erkennbar z. B. anhand der sich bildenden „Hochburgen“ von Ausrichtungen oder den „Lehrer-Schüler-Beziehungen“.³ Diese Ausrichtung nahm Ende des 18. Jahrhunderts mit weiter voranschreitender Ablösung der Universitätsfamilien und Wissenschaftsdynastien an den Universitäten zu.

Die drei beschriebenen protektionistischen Ausprägungen markieren nur die besonders markanten Merkmale und eine ungefähre zeitliche Einordnung. In der Praxis verliefen die Entwicklungen letztlich differenzierter ab. Nach Einschätzung von Baumgarten berief man z. B. in Heidelberg ab Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts landesprotektionistisch und dabei gleichzeitig auch relativ leistungsbezogen, in Kiel seit den 80er Jahren und in Göttingen seit Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts. In Berlin dagegen berief man insgesamt tendenziell schulenprotektionistisch. In München wurden auf alle Ordinarien, die in den 60er bis 70er Jahren des 19. Jahrhunderts sowie nach 1910 entstanden, auswärts berufen. Auf die anderen Ordinarien wurde dagegen stark nach sozialer, geografischer und konfessioneller Herkunft berufen – hier war der schon oben beschriebene Einfluss der Berufungsgeschehnisse besonders deutlich abzulesen, denn die vor 1860 und nach 1880 Berufenen waren vorrangig „Landeskinder“.

Wie in anderen Gesellschaftsbereichen auch spielen im Wissenschaftsbereich materielle Ressourcen und deren Konzentration eine Rolle. Es kann festgestellt werden, dass im Wissenschaftsbereich die organisationale Grundform gruppaler, relativ geschlossener Positionssysteme an den Universitäten und Hochschulen ein wesentlicher Faktor dafür ist, dass in diesem Bereich Denkschulformungen zu beobachten sind bei gleichzeitig oligopolen Formierungen, in denen wiederum mithilfe funktionaler Ausdifferenzierungen die Reproduktion gesichert wird (z. B. Hillmert 2003, S. 117). Von diesen Formierungen aus finden Exklusions- und Inklusionsprozesse statt. Was als „Leistung“ gilt und wer als „Leistungsträger“, wird innerhalb dieser Formierungen entschieden. Unter dieser Prämisse ist prinzipiell kritisch zu hinterfragen, ob man von einem Berufungswandel – vom sozialen über den geografischen und schulischen Protektionismus hin zur Leistungsberufung – wirklich ausgehen kann.

Neben den nachgewiesenen sozialstrukturellen Selektionsmechanismen im Bereich Wissenschaft kommt hier noch hinzu, dass gesellschaftliche Interessen die Theoriewahl mitbestimmen, sodass nicht von einer Autonomie der Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft ausgegangen werden kann (Weingart 2003, S. 81). Die „Leistungserbringung“ in

³Ein „Schüler-Protektionismus“ garantierte aber nicht quasiautomatisch einen Schulenprotektionismus, denn „Schüler“ als auch „Schulenanhänger“ konnten die „Schule“ des „Lehrers“ verlassen.

der Wissenschaft ist also nicht nur hinsichtlich der damit verbundenen Honorationen und deren Rückwirkungen auf die pfadabhängigen Entwicklungen der oligopolen Formierungen im Wissenschaftsbereich zu hinterfragen. Sondern ebenso zu hinterfragen ist die Wissensproduktion als von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften kultur- und interessen geleitete (Fourcade 2009, S. 77 ff.). Daraus leitet sich folglich ab, dass auch aus dieser Perspektive der erkenntnistheoretische Sonderstatus von „wissenschaftlichem“ Wissen infrage gestellt ist (Weingart 2003, S. 81).

2.1.2 Mandarinentum und Ordinarienuniversitäten

Die deutsche Wissenschaft im Allgemeinen und die deutschen Universitäten im Speziellen verfügten bis zur Zäsur durch die Nazi-Zeit über einen hervorragenden internationalen Ruf und ihre Angehörigen über höchste Reputation. Nach der Humboldt'schen Universitätsreform Anfang des 19. Jahrhunderts, die die Gesamtheit und Interdisziplinarität der Forschungsbereiche („universitas litterarum“) und die Einheit von Forschung und Lehre („universitas magistrorum et scholarium“) zum Zwecke der „reinen“ Wissenschaftlichkeit zusammenzuführen trachtete und die feudale Sonderstellung der Organisation Universität durch Bewahrung bzw. Rekonstruktion als „Gelehrtenschule“ anstrebte,⁴ gelang es, den Universitäten und ihren (vor allem professoralen) Angehörigen die Stellung als Bildungselite in der Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu sichern. Diese besondere Stellung der deutschen Professoren, die ihre Autorität in wissenschaftlichen Sachfragen und der Selbstrekutierung (Systemerhalt) ausschließlich ihrer Stellung, nicht der individuellen Leistung verdankten (Fourcade-Gourinchas 2001, S. 409), wurde von Ringer in seiner Arbeit „Die Gelehrten“ als „Mandarinentum“ bezeichnet und so zum stehenden Begriff für diese Gesellschaftsschicht:

Der Idealtypus, den ich zugrundelege, ist der des ‚Mandarinentums‘. Das Wort selbst ist nicht von Bedeutung, obwohl es an die traditionelle Elite von gelehrten Beamten im alten China erinnern soll. Mein Entschluß, diesen Begriff auf die Klasse der Akademiker in Deutschland anzuwenden, wurde wahrscheinlich durch Max Webers überzeugende Schilderung der chinesischen Literaten beeinflusst. Für den europäischen Raum würde ich das ‚Mandarinentum‘ einfach als eine gesellschaftliche und kulturelle Elite definieren, welche ihren Status in erster Linie ihren Bildungsqualifikationen und nicht Reichtum oder vererbten Rechten verdankt. [...] Die ‚Intellektuellen des Mandarinentums‘ (vor allem die Universitätsprofessoren) beschäftigen sich mit der geistigen Nahrung der Elite. Ihnen obliegt es, die Maßstäbe der Qualifikationen für den Eintritt in die Elite aufrechtzuerhalten, und sie fungieren als deren Sprecher in kulturellen Fragen (Ringer 1987, S. 15 f.).

⁴Diese „Gelehrtenschule“ beanspruchte einerseits ein Höchstmaß an Autonomie, musste gleichzeitig aber auch Unabhängigkeit und Interessenfreiheit in Aussicht stellen. Dabei handelt sich um ein normatives Versprechen bzw. einen für sich selbst erhobenen Anspruch, keine positivistische Einschätzung.

Es entwickelte sich die deutsche „Ordinarienuniversität“,⁵ deren weitgehende hierarchische Selbststeuerung⁶ über die (ordentlichen) Professuren als „gatekeeper“ und die „Habilitation“ als (vorgebliches) Qualitätssicherungsinstrument zur Systemschließung mittels soziokultureller Ähnlichkeit funktionierte:⁷ Ähnlichkeit in Bezug auf Herkunft, Habitus und – je nach Disziplin in unterschiedlichem Ausmaß – fachwissenschaftlicher Spezialisierung war die Grundvoraussetzung für einen Zutritt in dieses Elitesystem und die große sozioökonomische Homogenität seiner Angehörigen aus dem gehobenen Bildungsbürgertum die zwangsläufige Folge (Busch 1959, S. 42 f.).

Dieses Universitätssystem, insbesondere in seiner Forschungsorientierung, wurde von vielen privaten Universitäten in den USA – die später die berühmten Elite-Universitäten der sogenannten Evy-League werden sollten (insbesondere die University of Chicago und die Harvard University) – emuliert. Die Vielzahl der deutschen Nobelpreisträger Anfang des 20. Jahrhunderts schien auf den Erfolg dieses Hochschulsystems hinzudeuten.⁸

⁵Historisch ist die Ordinarienuniversität zunächst eine Ansammlung von Lehrstuhlinhabern („Ordinarien“), die im Rahmen ihrer Lehrstühle bzw. Institute über weitreichende Personal- und Finanzhoheit verfügten. Mit zunehmender Ausdifferenzierung der Disziplinen und der Erhöhung der Anzahl an Lehrstühlen pro Fachdisziplin verlagerte sich die Personal- und Finanzkompetenz auf die Korporation der Ordinarien – alle anderen Universitätsangehörigen wie außerplanmäßige Professoren, Privatdozenten, Assistenten und, ganz zu schweigen vom nicht-wissenschaftlichen Personal und den Studierenden, hatten nur sehr eingeschränkte Partizipationsrechte (Ellwein 1985, S. 131 ff.).

⁶Hierarchische Selbststeuerung gehört neben staatlichen Regulierungsmaßnahmen, Außensteuerung durch Leistungsabnehmer, akademische Selbstorganisation und Konkurrenzdruck zu den grundlegenden Governance-Mechanismen von Hochschulsystemen (Braun und Merrien 1999; Schimank 2002). Verschränkungen sind hier ebenso immer wieder anzutreffen wie historisch spezifische Ausprägungen (s. hier z. B. die Verschränkung von staatlichen Maßnahmen plus Konkurrenzdruck innerhalb der Exzellenzinitiative oder die Einflussnahmen des „Systems Althoff“ Ende des 19. Jahrhunderts).

⁷Obwohl allen Beteiligten im wissenschaftlichen Feld klar ist, dass die Qualität wissenschaftlicher Arbeit ein wesentliches Selektions- und Zugangskriterium sein sollte, ist ebenso klar, dass diese wissenschaftliche Qualität objektiv nicht messbar ist, sondern subjektiv innerhalb des wissenschaftlichen Feldes konstruiert wird („anerkannte Kriterien“). Die Verinnerlichung dieser subjektiven Standards ist dabei von Menschen vergleichbarer Herkunft und vergleichbarem Habitus eher zu erwarten als von Menschen aus unterschiedlichen soziokulturellen Umfeldern (Engler 2001, S. 151 ff.).

⁸Hier aber ohne die Berücksichtigung der schon erwähnten Verschränkung hierarchischer Selbststeuerung und staatlicher Regulierung. In Deutschland war insbesondere das so genannte „System Althoff“ ausschlaggebend, d. h. der preußische Ministerialdirektor Friedrich Althoff sorgte durch ein weit verzweigtes Netz an Einflussnahmen für eine verschärfte „Bestenauswahl“ bei der Berufung von Professoren durch Implementierung von so genannten „Strafprofessuren“ (die Besetzung von zusätzlichen Professuren durch junge Hochbegabte neben Alteingessenen). Zudem organisierte Althoff die Protektionierung von Projekten (Campus Berlin-Dahlem, Charité) sowie eine Entwicklung von Schwerpunktförderung (z. B. in Göttingen Mathematik und Physik, in Halle evangelische Theologie). Ebenso beeinflusste er ausschlaggebend auch die universitäre institutionelle Entwicklung, z. B. wurden von ihm 1898 die Hochschulkonferenzen eingerichtet – (vgl. Backhaus 1993; Prisching 1993; Bruch 2006).

2.2 Die Universitäten nach dem zweiten Weltkrieg

Die Situation nach dem 2. Weltkrieg war eine ganz andere: Die deutsche Universität und ihre Professoren hatten in ihrer Anbiederung an das nationalsozialistische System moralisch versagt, ihre selbst postulierte Neutralität als Grundvoraussetzung für Autonomie weitgehend freiwillig aufgegeben (Wolbring 2007, S. 73). Sie hatten während der Nazi-Zeit einen großen Verlust an wissenschaftlicher Exzellenz durch die Vertreibung vieler Professoren aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen erlitten (Krohn 2002)⁹ und durch Kriegseinwirkungen einen Großteil ihrer wissenschaftlichen Infrastruktur eingebüßt (Krige 2006).

Ein Neuanfang war also notwendig und es gab durchaus Stimmen und Ansätze, die damit eine *vollständige* organisatorische und personelle Diskontinuität¹⁰ verbanden: So waren es die Vorbehalte gegenüber der traditionellen Universität in ihrer bisherigen Form, die in den späten 1940er Jahren zu neuen Gründungen führten:

- in Hamburg zur Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft (später: Hochschule für Wirtschaft und Politik, kurz: HWP),
- in Wilhelmshaven zur Gründung der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft (später: Hochschule für Sozialwissenschaften),
- in Mainz zur Wiedergründung der Johannes-Gutenberg-Universität und
- in Speyer zur Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Diers 1972; Wolbring 2007; Schael 2014).

Damit war aber weder eine Blaupause für den Modus der Wiedereröffnung der restlichen Universitäten in Westdeutschland geschaffen noch gelang es diesen Neugründungen, die Entwicklung der etablierten Universitäten vorbildhaft zu beeinflussen – vielmehr passten sich alle diese Alternativen früher oder später den traditionellen Universitäten wieder an bzw. wurden als eigenständige Organisationen aufgelöst und in traditionelle Universitäten eingegliedert.¹¹

Die traditionellen, auf dem Boden der neu entstehenden Bundesrepublik Deutschland befindlichen Universitäten wurden hingegen in weitgehender personeller und organisatorischer Kontinuität restauriert: Der alte Lehrkörper wurde zunächst von selbst eingerichteten „Säuberungsausschüssen“, später von Regierungsstellen und Besatzungsbehörden

⁹Etwa 20 % aller Anfang der 1930er Jahre besetzten Ordinarien wurden vertrieben, wobei dieser Anteil gerade in den Sozialwissenschaften noch bedeutend höher lag (Krohn 2002, S. 437).

¹⁰Eine derartige Diskontinuität erlebten die ostdeutschen Universitäten im Zuge der deutschen Wiedervereinigung nach 1990, wo 80 % aller DDR-Professoren nach der Wende ausschieden (Hecht 2002, S. 62 ff.).

¹¹Die HWP ging 2005 als Teil einer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in der Universität Hamburg auf, die Hochschule für Sozialwissenschaften wurde 1962 in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen integriert.

auf breiter Linie entnazifiziert und – auch mangels Alternativen – in ihren Stellungen belassen bzw. wieder eingesetzt.¹² Von den von den Nazis zur Emigration gezwungenen Professuren kehrte nur ein geringer Teil in die junge Bundesrepublik zurück.¹³ Allerdings wurden Professuren aus Ost- und Mitteldeutschland (also den verlorenen Ostgebieten in Pommern, Ostpreußen und Schlesien mit den Universitäten und Technischen Hochschulen in Königsberg, Danzig und Breslau, aber auch aus der neu gegründeten DDR) aktiv in westdeutsche Universitäten integriert. Vor allem die USA im Rahmen des Marshall-Programmes, aber auch einzelne, private US-Stiftungen wie die Rockefeller und die Ford Foundation förderten die Restauration der deutschen Universität massiv durch Austausch- und Re-Education-Programme. Sie wollten damit einen befürchteten sowjetischen Einfluss zurückdrängen, zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen, in erster Linie aber natürlich amerikanische Wissenschaftsinteressen unterstützen und den aufstrebenden Wissenschaftshegemon USA in Kontinentaleuropa absichern helfen (Krige 2006).

Waren an allen westdeutschen Universitäten und Hochschulen Anfang der 1950er Jahre etwa 100.000 Studierende immatrikuliert, was einem Bevölkerungsanteil von 0,22 % entsprach und die Exklusivität der Hochschulausbildung deutlich macht, verdoppelte sich diese Anzahl bis Anfang der 1960er Jahre auf über 200.000 Studierende (etwa 0,37 % der Bevölkerung) bei nur wenig veränderter Hochschulausstattung (etwa mit Professorenstellen). Damit war aber nicht nur die Exklusivität der Hochschulausbildung und der Elitestatus der Hochschulangehörigen gefährdet (Münkel 2008, S. 171), sondern der Charakter der Ausbildung und die Anforderungen an die Universitäten begannen sich zu

¹²Zum Problem der Entnazifizierung in ihrer Gesamtheit siehe Frei (2003), für die bundesdeutschen Universitäten insgesamt liegt keine kompakte Untersuchung vor. Es wird geschätzt, dass ca. 30 % aller Professoren durch Entnazifizierungsverfahren zunächst aus den Universitäten entfernt wurden, wenig später aber 25 % wieder durch Revision der Verfahrensurteile in ihre Stellungen zurückkehren konnten (Finkenstaedt 2010, S. 184). Für den Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den deutschen Hochschulen wird eine Verbleibrate von ca. 47 % angegeben (z. B. in Dahrendorf 1965, S. 111; Krohn 1987). Angaben sind ebenso erhältlich aus der umfangreichen statistischen Arbeit von Ferber (1956, S. 145); zur nationalsozialistischen Vergangenheit an den Universitäten allgemein siehe z. B. Lundgreen (1985), Heiber (1991, 1994), Bruch und Kaderas (2002); zu einzelnen Universitäten vgl. z. B. Paetschek (2002) zu Tübingen, Höpfner (1999) und Borchard (1999) zu Bonn, Chroust (1994) zu Gießen, Becker et al. (1998) zu Göttingen, Eberle (2002) zu Halle, Böhm (1995) zu München, Uhlig (1991) zu Kiel. Zur umfangreichen Aufarbeitung aller Emigrationsfälle im Bereich Wirtschaftswissenschaften siehe Hagemann und Krohn (1999).

¹³Krohn (2002, S. 443) schätzt diesen Anteil auf 10–15 %. Die Gründe für die geringe Remigration lag nicht nur in der geringen Attraktivität deutscher Universitäten Ende der 1940er Jahre für viele frühere Stelleninhaber sowie in den geringen Bemühungen der deutschen Universitäten, ihre früheren Angehörigen zur Rückkehr zu bewegen und geschehenes Unrecht wiedergutzumachen, sondern parallel dazu in dem schon erwähnten hohen Anteil der Vertreter, welche vor 1945 tätig waren und nach ihrer Entnazifizierung dann auch nach 1945.

ändern: Statt einer Bildung in Wissenschaftlichkeit ging es nun mehr und mehr um eine berufsbezogene Ausbildung, also keine Bildung nach Humboldt'schem Vorbild, sondern um eine „höhere Schule“ für eine berufsqualifizierende Ausbildung (Anrich 1960, S. 60 ff.).

2.2.1 Die Reformdiskussion in den 1960er Jahren, Gründungswelle und Studentenbewegung

Der Anstieg der Studentenzahlen in den 1950er Jahren und deren prognostizierte Verdopplung im nächsten Jahrzehnt im Zuge der Öffnung der Universität für breitere Bevölkerungskreise und soziale Schichten, die weitgehend unterdrückte Diskussion über die Restauration einer Institution,¹⁴ die in der Nazi-Zeit versagt hatte und deren Angehörige zu einem nicht geringen Teil für ihre persönlichen Verstrickungen in das Nazi-Regime nie ernsthaft zur Rechenschaft gezogen worden waren,¹⁵ aber auch eine breite Politisierung großer Teile der Studenten- und Assistentenschaft im Zuge der von den USA ausgehenden Anti-Vietnamkrieg-Bewegung (Vos 2010) führten zu einer *Reformdiskussion* über die Entwicklung des deutschen Hochschulsystems, in der es um die „Deutungsmacht und Hegemonie in den und über die Universitäten“ (Münkel 2008, S. 170) ging: Der Übergang von der Eliten- zur Massenorganisation erzwang Überlegungen zur Organisations- und curricularen Reform, die einsetzende Vergangenheitsbewältigung mündete in eine Diskussion zur Demokratisierung der Universität und deren Forschungs- und Ausbildungsziele im Sinne einer demokratischen und kritischen Universität und die Überlegungen zur Neugründung von Universitäten ließen Raum für eine Neukonzeptionierung der Universität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die zunehmende Bildungsbeteiligung breiter Bevölkerungsschichten erzwang zudem eine quantitative Ausweitung des deutschen Hochschulsystems in bislang unbekannter Weise: zwischen 1960 und 1978 verdoppelte sich die Anzahl an Universitäten (bzw. Gesamthochschulen) in der (alten) Bundesrepublik in einer Gründungswelle.¹⁶ Zudem kam es zur Gründung zahlreicher Fachhochschulen, womit eine *Dualisierung des Hochschulsystems* eingeleitet wurde – neben die Universitäten trat ein Hochschultyp, der den Bedarf an wissenschaftlich gestützter Berufsqualifizierung abdecken sollte, selbst aber keinen Grundlagenforschungsauftrag (und auch kein Promotionsrecht) erhielt, sondern

¹⁴Krohn (2002, S. 452) bezeichnete dies als „postfaschistischen Verdrängungskonsens“.

¹⁵So stellte es keinerlei Problem dar, dass z. B. einer der prägenden Köpfe der deutschen Nachkriegs-Wirtschaftswissenschaft, Wilhelm Krelle, zu Hitlers Zeiten SS-Sturmbannführer war (Dahn 2007; Förster 2004).

¹⁶Korrekterweise müsste es Entwicklung und Gründung heißen, denn neben die vollständige Neugründung vieler Universitäten trat auch die Aufwertung bestehender Institutionen (z. B. pädagogischer Hochschulen oder spezialisierter Fachschulen) zu vollwertigen Universitäten oder Gesamthochschulen (Neave 2010, S. 60 ff.).

allenfalls einen eingeschränkten Auftrag angewandter Forschung. In den Gesamthochschulen, die in erster Linie in den damals SPD-geführten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen gegründet wurden, sollten beide Typen unter einem organisatorischen Dach zusammengeführt werden.

Es wäre also durchaus möglich gewesen, den Zustrom an Studierenden so zu lenken, dass diejenigen, die vornehmlich an einer wissenschaftlich fundierten berufsqualifizierenden Ausbildung, nicht aber an einer Karriere im Wissenschafts- bzw. Hochschulsystem interessiert waren, durch entsprechenden Ausbau der Fachhochschulen innerhalb des sich herausbildenden dualistischen Systems dort integriert wurden und dass sich gleichzeitig die Universitäten im Humboldt'schen Sinne zu forschungsstarken Institutionen hätten reformieren können. Tatsächlich entsprach es auch der Empfehlung des 1957 gegründeten Wissenschaftsrates, die Kapazität der neu gegründeten wie auch der bereits bestehenden Universitäten auf maximal 13.000 Studierende zu beschränken bzw. dort, wo diese Größenordnung bereits überschritten wurde (wie z. B. an der Universität zu Köln oder der LMU München), auf diese Größenordnung zurückzufahren – viele Universitätsgründungen waren für deutlich geringere Kapazitäten ausgelegt.¹⁷ Aufgrund von

- Organisationsegoismen (die Universitäten blickten als potenzielle Konkurrenten skeptisch auf die Neugründungen von Fachhochschulen und deren finanzielle Ausstattung),
- fehlerhaften Anreizsystemen für Studierende (bis heute gibt es bessere Verdienst- und Karrierechancen für Universitäts- als Fachhochschulabsolventen) und
- die völlige Unterschätzung der auf die Universitäten zurollenden Studentenwelle¹⁸

misslang diese Arbeitsteilung aber vollständig: Die Universitäten wurden zu Massenorganisationen, in deren Rahmen das Humboldt'sche Universitätsideal schwerlich umgesetzt werden konnte. Die Fachhochschulen blieben zumeist kleine Organisationseinheiten, die aber keinen breiten Forschungsauftrag und auch nicht die dafür notwendigen personalwirtschaftlichen Voraussetzungen erhielten.

Die zunehmende Öffnung des Hochschulwesens für breitere Bevölkerungsgruppen war aber nur ein Movens für Reformansprüche, die an die Universitäten herangetragen wurden. Auch die zunehmende Akademisierung der Berufswelt schlug sich in

¹⁸Anfang der 1960er Jahre wurde ein Anstieg der Studierendenzahl auf ca. 400.000 bis 1980 prognostiziert – tatsächlich aber lag die Zahl der Universitätsstudierenden 1980 bei ca. 800.000, die Gesamtzahl aller Hochschulstudierenden gar bei ca. 1.100.000 (Habermas 1967, S. 10; Becker 1989, S. 333).

¹⁷So waren die Reformuniversitäten Konstanz und Bielefeld beide auf eine maximale Größe von etwa 3000 Studierenden ausgelegt – worin sich der elitäre Zuschnitt dieser Neugründungen mit Reformanspruch zeigte (aber letztlich keineswegs durchhalten ließ: die Universität Bielefeld beherbergt heute etwa 20.000 Studierende, die Universität Konstanz immerhin ca. 10.000 Studierende, Rudloff 2007, S. 92).

Überlegungen nieder, die eine stärkere Ausrichtung der Curricula an beruflichen Anforderungen wünschten – dies insbesondere dann, wenn man die berufsinteressierten Studierenden nicht an die Fachhochschulen verlieren wollte.

Und vor allem von der Studentenbewegung und – gelegentlich etwas unterschlagen – vom in der *Bundesassistentenkonferenz* (BAK) bis zur Selbstauflösung 1974 gut organisierten „akademischen Mittelbau“ (Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Dozenten etc.)¹⁹ wurde der Ruf nach Demokratisierung der Governance-Strukturen der Universität, der Pluralisierung der Inhalte („Marx an die Universität“) und die kritische Reflexion der Wissenschaft und deren gesellschaftliche Bedingtheit („Raus aus dem Elfenbeinturm“) laut. Gestützt auf die Wissenschaftskritik der „Frankfurter Schule“ im so genannten „Positivismusstreit“ sollte die neue Universität als „kritische Universität“ konzipiert werden (Nitsch 1967), die sich in den Dienst der Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Gesellschaftsmitglieder stellt, den Blick der Wissenschaft auf die bis dahin weitgehend ignorierten Interessen der abhängig Beschäftigten lenkt (Lieb et al. 1980) und insgesamt dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtete Demokraten nicht „nur zum Protest fähige Gesellschaftskritiker“ (Vring 1975, S. 21) hervorbringt. Das herkömmliche („bürgerliche“) Wissenschaftsverständnis der „reinen“, „wertfreien“ und „unpolitischen“ Forschung wurde abgelehnt:

Das typische Ergebnis einer in diesem Sinne restringierten Fachausbildung ist der entweder unpolitische oder aber ohne Zusammenhang mit seiner wissenschaftlichen Ausbildung politisch indoktrinierte Fachmann; d. h. der für politische und gesellschaftliche Instanzen fungible gewordene Spezialist. Er ist das Korrelat einer ihren gesellschaftlichen Implikationen gegenüber gleichgültig sich verhaltenden ‚reinen‘ Wissenschaft: politisch folgenreiches Resultat einer unpolitischen Wissenschaft (Wellmer 1968, S. 114).

Und daraus wurde gefolgert:

Eine Wissenschaft, die sich diese ihr zugrunde liegende Dimension kritischer Vernunft zu eigen gemacht hat, kann sich ihrer politisch-moralischen Verantwortung für einen Fortschritt der Gesellschaft in der Organisation politischer Freiheit und der Sicherung personaler Existenz nicht entledigen. Sie bleibt kritische Wissenschaft, solange die gesellschaftlichen Zustände der in der Wissenschaft beschlossenen Idee vernünftiger Selbstbestimmung widersprechen. Hieraus ergibt sich die kritische Rolle der Universität in der Gesellschaft (Wellmer 1968, S. 115).

Die unabhängig vom Massenansturm auf die Universitäten aufgeworfenen Reformwünsche wie Demokratisierung, verbesserte Berufsqualifizierung und Gesellschaftskritik waren mit den Ordinarien der bestehenden Universitäten kaum zu erfüllen, die damit

¹⁹Die Wirkungsmacht der BAK kommt z. B. darin zum Ausdruck, dass es den Assistenten Anfang der 1970er Jahre gelang, einige ihrer – teilweise nicht einmal habilitierten – Kandidaten in den Rennen um die Präsidentschaft verschiedener Universitäten – so an der Universität Hamburg, der Freien Universität Berlin und der Universität Bremen – gegen professorale Kandidaten durchzusetzen.

eine Politisierung und Ideologisierung verbanden (Friedeburg et al. 1970) und diese Bestrebungen mithilfe des Interessenverbandes „Bund Freiheit der Wissenschaften“²⁰ vehement bekämpften (Münkel 2008). Rudloff formulierte dies folgendermaßen:

Wer darauf hoffte, endlich Fortschritte in der vieldiskutierten Frage der ‚Hochschulreform‘ Platz greifen zu sehen, schien besser beraten, seine Hoffnungen auf die neuen Hochschulen zu setzen, statt auf die innere Reformfähigkeit der ‚alten‘ Universitäten zu bauen. [...] Denn für die bestehenden Universitäten galt weithin, daß das Zusammenspiel von Traditionsverpflichtung, institutioneller Beharrungskraft und struktureller Schwerfälligkeit eine grundsätzliche Neuordnung wenn nicht verhindern, so doch nachhaltig erschweren würde (Rudloff 2007, S. 78).

Selbstverständlich waren nicht alle Neugründungen einem Reformziel verpflichtet – viele waren schlicht als Kapazitätserweiterung und damit Entlastung bestehender Universitäten geplant²¹ (so z. B. die Universität Regensburg und die Ruhr-Universität Bochum).²²

2.2.2 Spezifische Zielsetzungen und einflussreiche Akteure

Dort, wo Reformüberlegungen eine Rolle spielten, war es insbesondere das Zusammenspiel von spezifischer Zielsetzung und besonders einflussreichen Akteuren, die den speziellen Typ „Reformuniversität“ prägten (Rudloff 2007):

Erstens: Der Wissenschaftsrat und einzelne Persönlichkeiten (z. B. Ralf Dahrendorf oder Helmut Schelsky) verfolgten insbesondere das Ziel, das Humboldt'sche Ideal der forschungsaktiven Universität wiederzubeleben. Dafür waren Vorstellungen von der Einheit der Wissenschaften, der Einheit von Forschung und Lehre und einem humanistischen Bildungsauftrag der Universität mit kleinem, elitären Zuschnitt konstituierend. Als Beispiele können die Universitätsgründungen in Konstanz und Bielefeld angesehen werden. Hier galt allerdings:

Unausgesprochen hatte es (dieses Reformmodell, Anm. v. V.) deshalb gerade die ausbildungszentrierte Massenuniversität zum Komplement (Rudloff 2007, S. 92).

²⁰Der 1970 gegründete „Bund Freiheit der Wissenschaften“ ist keineswegs eine Ansammlung ausschließlich reaktionärer, rückwärtsgewandter Professoren, sondern wurde maßgeblich von jenen „45er“-Professoren unterstützt, die anfangs Hochschulreformen durchaus offen gegenüberstanden, später aber in den studentischen Protestformen und der teilweise ideologischen Überhöhung der Reformansprüche eine Wiederholung ihrer traumatischen Erfahrungen mit totalitären Entwicklungen erblickten; vgl. Wehrs (2008).

²¹Insbesondere in Bayern war weder von politischer Seite noch vonseiten der Universitäten ein großes Interesse an Reformen erkennbar, die über rein organisatorische Änderungen (Kapazitätserweiterung) hinausgingen (Rohstock 2010, S. 152 ff.).

²²Für die Universität Regensburg beschreibt dies u. a. Rohstock (2010, S. 89).

Berufungsaussichten hatte hier, wer sich den Reformzielen verpflichten wollte und hinreichend angepasst erschien, den elitären Wissenschaftsanspruch zu befriedigen. Geringe Berufungsaussichten bestanden hingegen für Forschende mit (gesellschafts-)kritischem, pluralem Wissenschaftsverständnis.

Zweitens: Die Politik – und hier in erster Linie SPD-geführte Landesregierungen in NRW und Hessen (aber auch vorher schon in Niedersachsen) – wollte gesellschaftspolitische Ziele wie Demokratisierung, soziale Öffnung, aber auch Praxisorientierung verwirklicht sehen. Als Vehikel dienten insbesondere die *Gesamthochschulen*. Der Forschungsauftrag trat dabei eindeutig hinter den Ausbildungsauftrag und die entsprechenden Reformziele zurück. Berufungsaussichten hatte in diesen Reformuniversitäten, wer für die Studienreformziele geeignet erschien und den handlungsmächtigen „Eckprofessuren“ (Rudloff 2007, S. 84) akzeptabel erschienen – dies konnte Berufungschancen auch für kritische Wissenschaftler bedeuten, war aber nicht zwangsläufig damit verbunden. Problematisch erwies sich allerdings die langanhaltende Weigerung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), diese Universitäten in ihrer Mitte aufzunehmen (und damit als Stätten der Forschung zu akzeptieren) und auch deren bundesweite Unikat-Stellung (Rudloff 2007, S. 96).

Drittens: Die Bundesassistentenkonferenz und die im damals extrem aktiven Studentenverband SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) organisierte Studierendenschaft betonten die Ziele der Pluralisierung der Wissenschaft, der Demokratisierung und Kritikfähigkeit der Universität. Wenn hier die rechtlichen bzw. satzungsmäßigen Voraussetzungen (Drittelparität)²³ und politische Unterstützung zusammenkamen, konnten Assistenten und Studierende (gelegentlich auch die Bediensteten) gemeinsam Mehrheiten gegen die Professorenschaft (oder mit Teilen der reformbereiten Professorenschaft) organisieren in Fragen der Curriculums- und Prüfungsgestaltung, aber auch in Berufsfragen (z. B. auch der Besetzung der Rektoren/Präsidenten aus der Assistentenschaft).

2.2.3 Hochschulgesetzgebung und Drittelparität

Im Oktober 1976 lag der erste Referentenentwurf für ein Hochschulrahmengesetz vor, im Dezember wurde es verabschiedet. Danach folgten Ländergesetze.

Ein zentraler Aspekt für die Demokratisierung der Hochschulen dabei war die Möglichkeit der Einführung des Stimmrechts für Mitarbeiter und Studierende an den Universitäten. Die Verteilung der Stimmrechte variierte allerdings in den einzelnen Ländern: Je nach länderspezifischem Hochschulgesetz konnte die Drittelparität zwischen Professoren, Assistenten („wissenschaftlicher Mittelbau“) und Studierenden oder zwischen

²³Unter „Drittelparität“ sind all jene Versuche subsumiert, die alleinige Entscheidungshoheit der Professoren in der Ordinarienuniversität zu brechen.

Professoren, Assistenten und anderen nicht-wissenschaftlichen Bediensteten und Studierenden bestehen. Bis 1973 hatten bis auf Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen alle Bundesländer Landeshochschulgesetze verabschiedet, deren Umsetzungen gerade in den bestehenden Universitäten allerdings gelegentlich auf großen Widerstand stießen. So hieß es z. B. zur Situation in Köln:

Als die Lawine der Hochschulgesetzgebung sich in Bewegung gesetzt hat, ist zunächst von Köln aus unermüdlich argumentiert und dem Gesetzgeber die ganze Fülle von fachkundigen Überlegungen vorgetragen worden, die er nach Ansicht der Universität hätte einbeziehen sollen. In Köln hat man gemeint, über Änderungen lieber gründlich als unüberlegt beraten zu sollen. Der erste Satzungs-konvent nahm im Jahre 1973 seine intensiven Beratungen auf [...] (Willgerodt 2011, S. 445).

Zu diesem Zeitpunkt (1973) war das Hochschulgesetz Nordrhein-Westfalen, verabschiedet am 07.04.1970, schon 3 Jahre alt.

Nach einer Verfassungsklage durch Professoren wurde ebenfalls schon 1973 wieder deren „herausgehobene Stellung“ im Wissenschaftsbetrieb bestätigt, indem es hieß, diese müssen zu Fragen von Lehre, Forschung und Berufungen mindestens 50 % der Stimmen besitzen. Allerdings waren hier nicht nur die herkömmlichen Ordinariate gemeint, sondern „die breitere Gruppe von Universitätsprofessoren aller Art, Wissenschaftliche Räte, Abteilungsvorsteher und Hochschuldozenten“ – eine Regelung, welche auch danach immer wieder zu Statusdiskussionen führte (Friedeburg 1992, S. 419 ff.; Goldschmidt 1989, S. 367). Mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 sind somit zwar alle drittelparitätischen Ländergesetze als nicht verfassungskonform gekippt, aber die Gruppenuniversität als Steuerungsmodell insofern bestätigt worden, dass auch anderen Statusgruppen als den Professoren ein Mitspracherecht zugebilligt wurde.

Mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1976 war der Reformprozess dieser Zeit abgeschlossen und nach der politischen Wende 1982 – dem Wechsel von Helmut Schmidt (SPD) zu Helmut Kohl (CDU) – wurde mit der dritten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes 1985 die Stellung der Professorenschaft weiter gestärkt (Goldschmidt 1989, S. 370) und die Assistentenstellen wieder stärker unter die Aufsicht der einzelnen Professoren gestellt (Enders 1996, S. 112). Ebenso gab es keine maßgeblichen Änderungen zur Einflussnahme der zuständigen staatlichen Institutionen auf die Universitäten. Bei Studiengängen mit Prüfungsabschluss hatten nach wie vor die zuständigen Ministerien die einfache Mehrheit und damit die entscheidende Einflussnahme auf prinzipielle Entscheidungen, insbesondere auf Berufungen.²⁴

²⁴Im bayrischen Hochschulgesetz war sogar nur formuliert, dass die Hochschulen „[...] sachverständige Mitglieder [...]“ vorschlagen „[...] können [...]“. Laut allgemeinem Hochschulrahmengesetz wird hingegen eine „Legitimation“ der Vorgeschlagenen seitens der Hochschulen verlangt (Avenarius 1979, S. 51).

2.2.4 Die verschiedenen Typen von Reformmodellen in Deutschland zwischen 1960–1980

Als Beispiele für den Typus der Reformuniversität dienen hier die Universität Bremen²⁵, die Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven²⁶ und die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.²⁷

Mit Einschränkungen gehören ebenso hinzu die FU Berlin, die Universität Hamburg und die hessischen Universitäten in Frankfurt, Gießen, Darmstadt und Marburg. Hierbei handelt es sich um bereits bestehende („alte“) Universitäten, die doch aus verschiedenen Gründen gesondert zu betrachten sind: Die Freie Universität Berlin war in den „68er Jahren“ ein Zentrum der Aktivitäten der reformbewegten Studentenschaft und des BAK und leistete sich auf Fachbereichs- bzw. Institutsebene (so z. B. im Otto-Suhr-Institut) bereits drittelparitätische Mitbestimmungsformen, bevor 1969 das Berliner Hochschulgesetz verabschiedet wurde. Die Stärke der Studentenschaft und der BAK zeigte sich daran, dass hier 1969 erstmals in Deutschland ein Assistent zum Präsidenten einer Universität gewählt wurde. Auch an der Universität Hamburg war der Einfluss der Reformbewegung nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes 1969 groß genug, um 1970 einen nicht-professoralen Präsidenten wählen zu können.

Die hessischen Universitäten unterlagen alle dem bereits 1967 vom Kultusminister von Friedeburg verantworteten Hochschulgesetz, der seinerseits aus dem marxistischen Institut für Sozialforschung stammte. Frankfurt war darüber hinaus ebenfalls eines der Zentren der Studentenbewegung und richtete 1974 einzigartig in der Bundesrepublik eine Professur für marxistische Wirtschaftstheorie ein. Marburg reformierte 1970 – also zu Geltungszeiten des drittelparitätischen Hessischen Hochschulreformgesetzes – seine interne Struktur und ermöglichte damit entsprechende Einflussmöglichkeiten für aktive Assistenten- und Studentenschaften. Und die TH Darmstadt führte 1969 als erste deutsche Hochschule die Drittelparität in ihrem höchsten Entscheidungsgremium, dem Großen Senat, ein.

Der konkrete Einfluss auf eine pluralistische Orientierung insbesondere bei der Rekrutierungspraxis hing also von den je spezifischen Konstellationen in den einzelnen Universitäten, Fakultäten oder Fachbereichen ab (Rohstock 2010, S. 148 ff.).

²⁵„Der Bremer Gründungskonsens beruhte denn auch wesentlich auf der Überzeugung, daß die Universität ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft vor allem durch die Kritik der gesellschaftlichen, technologischen und politischen Entwicklungen zu erfüllen habe“ (Rudloff 2007, S. 98).

²⁶Die Wilhelmshavener Hochschule für Sozialwissenschaften war allerdings bereits 1949 gegründet und 1962 durch Eingliederung in die Universität Göttingen aufgelöst worden.

²⁷Die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) wurde 1945 als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, später in die HWP als wissenschaftliche Hochschule des zweiten Bildungswegs ohne Universitätsstatus umgewandelt, die 1993 den Universitätsstatus bekam und schließlich 2005 mit der Integration in die Universität Hamburg aufgelöst wurde.

Kritisch blieb die mangelnde Akzeptanz der Neugründungen in der Wissenschaftsgemeinschaft (keine bzw. späte Mitgliedschaft in der DFG²⁸ heftige Stigmatisierung der dort getätigten Abschlüsse und der Mitarbeiter und Professorenschaft sowie deren partielle Selbstisolierung) zu bewerten. Berufungsaussichten hatte an den Neugründungen, wer der kritischen Wissenschaft nahestand, die curricularen Reformen mittrug und die absehbaren Anfeindungen und Ausgrenzungen²⁹ ertrug.

Den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Reformmodellen der Hochschulen und Universitäten in Deutschland im Zusammenhang mit deren Akzeptanz (DFG) zeigt Tab. 2.1. Dabei wurde in die (selbsterklärenden) Ausrichtungen unterschieden:

- Humboldt'sches Ideal,
- Entlastungsfunktion ohne Reformanspruch,
- Reformanspruch mit sozialer Öffnung und Praxisbezug,
- Reformanspruch mit gesellschaftspolitischer Orientierung,
- Starker Einfluss gesellschaftspolitisch orientierter Gruppen (BAK; Studentenschaft).

2.3 Konsolidierung in den 1980er Jahren und die deutsche Einheit

Die weitere Entwicklung der deutschen Universitäten nach der Gründungswelle der 1960er und 1970er Jahre fand unter einigermaßen prekären Umständen statt.

2.3.1 Prekäre Verhältnisse und Anpassung

Einerseits war der Zustrom an Studierenden sehr viel stärker als dies die kühnsten Prognosen vorhergesehen hatten: Ende der 1980er Jahre studierten bereits 1,7 Mio. Studierende an deutschen Hochschulen, was eine nochmalige Steigerung gegenüber dem Jahrzehnt davor von mehr als 60 % bedeutete. Dem stand eine sehr viel bescheidenere kapazitäre Entwicklung der Hochschulen gegenüber,³⁰ was in der Konsequenz zu einer

²⁸So wurden entsprechende Anträge der Universität Bremen zwei Mal von den Entscheidungsgremien der DFG abgelehnt und der Aufnahme der Universität Bremen in die DFG erst im dritten Anlauf im Jahre 1986, 15 Jahre nach deren Gründung, zugestimmt. Die Hochschule für Sozialwissenschaften und die HWP wurden niemals während ihrer Existenzzeit Mitglied der DFG.

²⁹Aufgrund der Beispiele der Hochschule für Sozialwissenschaften, aber auch der Vorkommnisse um die Gründung und Auflösung des als „kritisch“ und in gesellschaftspolitischer Orientierung als reformfreudig eingeschätzten Starnberger „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ (Laitko 2011) waren solche Stigmatisierungen vorhersehbar (Schael 2014).

³⁰So stieg beispielsweise die Anzahl der Professoren an deutschen Hochschulen von 25.526 im Jahr 1976 auf 30.690 im Jahr 1988, was nur einer Steigerung von etwa 20 % entspricht (Kölbel 2002, S. 17).

Tab. 2.1 Verschiedene Typen von Reformmodellen in Deutschland. (Quelle: Eigene Aufstellung)

Typ/Ausrichtung	Uni	Gründungsjahr/DFG-Aufnahme (Zeitraum bis zur Aufnahme) Ø Dauer bis DFG-Aufnahme	Besetzungschancen für (gesell- schafts-) kritische Wissenschaftler
Humboldt'sches Ideal	U Konstanz	1966/1966 (0)	Gering
	U Bielefeld	1969/1970 (1) ø = ½ Jahr	
Entlastungsfunktion ohne Reformanspruch	U Augsburg	1970/1976 (6)	Gering
	U Bamberg	1972/1983 (11)	
	U Bayreuth	1975/1982 (7)	
	U Bochum	1962/1966 (4)	
	TU Dortmund	1962/1969 (7)	
	U Düsseldorf	1965/1965 (0)	
	U Hildesheim	1978/- (36)	
	U Osnabrück	1973/1986 (13)	
	U Passau	1973/1989 (16)	
	U Regensburg	1962/1968 (4)	
	U Trier/ Kaiserslautern	1970/1972 (2)	
	U Ulm	.	
		1967/1968 (1) ø = 8,9 Jahre	
	GH Duisburg	1972/1978 (6)	
	GH Essen	1972/1974 (2)	
Reformanspruch mit sozialer Öffnung und Praxisbezug	BWU Flensburg	1946/- (68)	Mittel
	GH Kassel	1971/1993 (22)	
	U Oldenburg	1973/1991 (19)	
	GH Paderborn	1972/1979 (7)	
	GH Siegen	1972/1978 (6)	
	GH Wuppertal	1972/1978 (6) ø = 17 Jahre	

(Fortsetzung)

Tab. 2.1 (Fortsetzung)

Typ/Ausrichtung	Uni	Gründungsjahr/DFG-Aufnahme (Zeitraum bis zur Aufnahme) Ø Dauer bis DFG-Aufnahme	Besetzungschancen für (gesell- schafts-) kritische Wissenschaftler
Reformanspruch mit gesellschafts- politischer Orientierung	U Bremen HS Wilhelmshaven (1949–1962) HWP (1945–2005)	1971/1986 (15) 1949/Nie (13) 1945/Nie (60) ø = 29 Jahre	Hoch
Starker Einfluss gesellschaftspoli- tisch orientierter Gruppen (BAK, Studierendenschaft)	FU Berlin TU Darmstadt U Frankfurt U Hamburg U Marburg U Gießen	1948 1877 1914 1919 1527 1607	Gering bis mittel

(Fett = Zeitraum von mehr als 10 Jahren zwischen Gründung und Aufnahme in die DFG, kursiv instead of colon insert equal to maintain consistency überhaupt keine Aufnahme in die DFG)

starken „Überlast“ des gesamten Hochschulsystems führte. Andererseits entwickelte sich die Finanzkraft der die Hochschulen tragenden Bundesländer nach den beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre deutlich schlechter als man dies nach dem „goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ in den Rekonstruktionsjahrzehnten davor gewohnt war: Seit Anfang der 1970er Jahre verkehrten sich die öffentlichen Haushalte von jährlichen Überschüssen in dauerhafte Defizite und infolge dessen wurde ein steigender Schuldenstand produziert. Eine kapazitätsmäßige Anpassung an die Studierendenentwicklung, die die massive Überlast – also eine dramatische Erhöhung der Betreuungsrelationen mit entsprechender Erhöhung der Lehr- und Prüfungsbelastung – mittelfristig abbauen könnte, war nicht absehbar.

Hinzu kam eine insgesamt recht negative Einschätzung des Steuerungsmodells „Gruppenuniversität“ durch externe Beobachter und interne Kritiker, die den Widerstand gegen die Demokratisierung der Universität auch nach dem Verfassungsgerichtsurteil von 1973 nicht aufgegeben hatten. Vorgeblich seien die Entscheidungskosten in der Gruppenuniversität zu hoch, die Verantwortlichkeit der Entscheider zu gering und die Kontrolle zu beschränkt, um effiziente Ergebnisse zu produzieren: „Das Modell Gruppenhochschule ist gescheitert“, fasst Detlef Müller-Böling (2000, S. 43) die Kritik zusammen und ergänzt:

Sie müssen neue Formen der Partizipation von motivierten und fähigen Hochschulmitgliedern an den Entscheidungen der Hochschule entwickeln und ihre korporative Autonomie gegenüber einem ausufernden akademischen Individualismus oder entscheidungsschwachen Gremien stärken [...] (Müller-Böling 2000, S. 44).

Unabhängig von der Stichhaltigkeit der Vorbehalte gegenüber der Gruppenhochschule haben die interne Strukturkritik und die externen Restriktionen zur Metapher der „verroteten Universität“ (Glotz 1996) geführt, deren Qualität in Lehre und Forschung massiv gelitten habe³¹ und deshalb erneut zu reformieren ist.

Bevor im nächsten Abschnitt kurz auf diese neuerliche Reformierung der deutschen Universitäten eingegangen wird, bleibt der Hinweis darauf, dass die Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft nach der Gründungswelle der 1960er und 1970er Jahre im Zuge des „institutionellen Isomorphismus“ später wieder weitgehend eingeengt wurde: *Angleichungszwänge* institutioneller Standards,³² *Nachahmung* als erfolgreich angesehener Unis und *normativer Druck* durch definitionsmächtige Instanzen wie DFG,

³¹Insbesondere die gegenüber den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts deutlich rückläufige Anzahl von mit Nobelpreisen geehrten Wissenschaftlern an deutschen Universitäten und die zumeist niedrigen Rangplätze deutschen Universitäten in den einschlägigen Ranglisten wird als empirische Evidenz des Qualitäts- und Reputationsverlustes der deutschen Hochschulen angesehen.

³²Zum Beispiel die Aufhebung der Drittelparität nach dem Entscheid des BVG oder die Weigerung der DFG, neu gegründete Reformuniversitäten in ihrer Mitte aufzunehmen, insbesondere wenn ihr kritisches Wissenschaftsverständnis vom herrschenden Wissenschaftsverständnis der Mehrheit der Mitgliedsuniversitäten und deren institutionellen Vertretern abwich.

Wissenschaftsrat (WR) oder auch dem privaten, vom Bertelsmann-Konzern finanzierten Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) führten zu einer Angleichung der Universitäten. Die Losung war hier die gleiche, wie sie schon in den 1960er Jahren vor 1968 ausgegeben wurde:

Existenzsicherung durch Anerkennung, Anerkennung durch Anpassung, Anpassung durch Aufgabe von Besonderheiten [...] (Diers 1972, S. 203 f.)³³

2.3.2 Ostdeutsche Anpassung

Eine ganz andersartige Anpassungsleistung, allerdings in extrem kurzer Zeit und unter weitgehender Außensteuerung, hatten die Hochschulen Ostdeutschlands nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Anders als beim Neuanfang der Universitäten in der jungen Bundesrepublik nach 1945 fand in den ostdeutschen Universitäten nach 1990 ein fast kompletter Elitenwechsel statt und ebenso anders als in der Gründungswelle der 1960er und 1970er Jahre in Westdeutschland gab es keine konkurrierenden Modelle der Reform bzw. des Neuanfangs. Es lässt sich vielmehr argumentieren, dass die weitere Reformierung der bundesdeutschen Universitäten durch die deutsche Einheit einen Aufschub erhielt, weil mit der Bewältigung der Integration der ostdeutschen Universitäten in das westdeutsche Hochschulsystem zunächst hinreichende Herausforderungen zu meistern waren, wobei ostdeutsche Einrichtungen zugleich als „Puffer“ dienten für „verstopfte“ westdeutsche Karrierewege. Zunächst wurden die Organisationsstrukturen per Landeshochschulgesetzen und Universitätsstatuten importiert, um dann einen weitgehenden Personalwechsel durchzusetzen, der teilweise als „Elitentransfer“ (Pasternack 2005, S. 231), teilweise als Kolonialisierung verstanden wurde. So schrieb der Berliner Ethnologe Wolfgang Kaschuba:

Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze und begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines ethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden (Kaschuba 1993, S. 49).

³³Diese Anpassungsstrategie in den 1980er Jahren, die sich an fast allen Reformuniversitäten, die ehemals mit einer Kritik am bestehenden Wissenschaftsverständnis und szientistischen, elitären Zielauftrag gegründet wurden, vollzog, war gut erkennbar: Alle Gesamthochschulen nahmen in den 1990er Jahren wieder die Bezeichnung „Universität“ an und brachten damit ihre Anpassungsleistung auch in der Namensgebung zum Ausdruck. Die ehemals als „linke Kadenschmiede“ gebrandmarkte Universität Bremen wurde schließlich 1986 in die DFG aufgenommen und war jüngst im Rahmen der sogenannten Exzellenzinitiative so erfolgreich, um mittlerweile zu den wenigen „Exzellenzuniversitäten“ gerechnet zu werden. Diese gelegentlich als „große Wende“ titulierte Anpassung (Meier-Hüsing 2011, S. 85 ff.) fiel – wie andernorts auch – zusammen mit personellen Veränderungen in der Universitätsspitze.

Die Aufgabe, die sich stellte, bestand in der Legalisierung eines politischen Auftrags in einem rechtsstaatlichen Umfeld – dies gelang mittels aus dem Einigungsvertrag abgeleiteter Vorgaben und der Einsetzung sogenannter zumeist aus ostdeutschen (als „unbelastet“ geltenden) Wissenschaftlern bestehender Personal- und Ehren- oder Strukturkommissionen und häufig aus westdeutschen Wissenschaftlern bestehenden Gründungsdekanaten allerdings recht problemlos (Hecht 2002, S. 114 ff.). Berufungschancen in dieser Transformationszeit hatte, wer Anfang der 1990er Jahre über eine entsprechende Qualifikation (Habilitation) verfügte und gut mit den Gründungsdekanen vernetzt war. Mit besonderem Blick auf die uns besonders interessierenden Geisteswissenschaftler resümierte Peer Pasternack dazu:

Wer westelbisch habilitiert war, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften kaum abgewiesen werden (Pasternack 2005, S. 229).

Diese Situation konnte daher zumindest grundsätzlich vorhandene Karrieremöglichkeiten für auch heterodoxe, plural orientierte Ökonomen implizieren. Bedenkt man allerdings, dass in sieben von 13 neu gegründeten Wirtschafts- oder Staatswissenschaftlichen Fakultäten VWL-Vertreter den Gründungsdekan stellten³⁴ (neben zwei Betriebswirten, einem Politologen, einem Soziologen, einem Juristen und einem Wirtschaftsinformatiker), die alle eindeutig einem teilweise sehr orthodoxen Mainstream angehörten, bleibt vor dem Hintergrund des für die Hochschulen in den „neuen“ Bundesländern besonders großen Anpassungsdrucks eine gehörige Portion Zweifel, dass gerade in diesem Bereich für Ökonomen das möglich war, was Pasternack allgemein für Berufungen einschätzte, hier abgesehen von dem Schicksal der ostdeutschen Professuren und des Nachwuchses.³⁵

2.4 Neue Governance-Strukturen und die Universität im Globalisierungsprozess

Mit der Integration der ostdeutschen Universitäten in das bundesdeutsche Hochschulsystem wurden die Probleme der Universitäten, die zur „Verrottung“ geführt hatten, noch virulenter: Zur Überlast – die sich anfänglich mit einer starken Migration ostdeutscher Studierender an westdeutsche Universitäten regional noch verstärkte – kam die weitere Reduktion der Finanzressourcen: Die ohnehin bereits geringen öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sanken von etwa 1 % des BIP Ende der 1980er Jahre in der

³⁴Viadrina Universität Frankfurt/Oder: Starbatty (Universität Tübingen); Universität Jena: Oberender (Universität Bayreuth); Universität Halle: Schmitt-Rink (Ruhruniversität Bochum); Universität Magdeburg: Wenig (Fernuniversität Hagen); HU Berlin: Krelle (Universität Bonn); TU Dresden: Gabele/Blum; Universität Leipzig: Gutmann (Universität Köln)/ Rürup (TU Darmstadt).

³⁵Besonders explizit sind hier die überlieferten Aussagen von Wilhelm Krelle, der sich damit gebrüstet haben soll: „Kein Marxist wird seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier das Sagen habe“ (Dahn 2007).

„alten“ Bundesrepublik auf 0,8 % des BIP (= –20 %) in den 1990er Jahren in Gesamtdeutschland.

Der sich zwangsläufig verstärkende Wettbewerb um finanzielle Ressourcen wurde durch die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes mit weitgehender Freizügigkeit in der Mobilität der Studierenden im so genannten „Bologna-Prozess“ und den verstärkt aufkommenden Versuchen, die Lehr- und Forschungsqualität von Universitäten, Fachbereichen und einzelnen Personen in verschiedenen Rankings zu messen, aufgegriffen und als „marktliches“ Instrument der Universitätsreform gepriesen (Müller-Böling 2000, S. 115 ff.). Der Wettbewerb um Studierende, öffentliche Finanzmittel, Drittmittel, Reputation und Sichtbarkeit erfordert nach dem Verständnis der Vertreter der „Ökonomisierung des Hochschulsystems“ die „Entfesselung der Hochschule“ – gemeint war eine größere Organisations-, Management-, Personal- und Zugangsautonomie, die insbesondere im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts durch Anpassungen im Hochschul-, Dienst- und Besoldungsrecht aufgegriffen wurde.

Unter den Schlagworten der „Profilbildung“ und der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ wurde damit das bislang geltende Prinzip der Gleichwertigkeit aller Hochschulen³⁶ unterhöhlt und mit der so genannten Exzellenzinitiative ab 2005 faktisch beendet.³⁷

Die Exzellenzrhetorik wird durch eine Diskurskoalition mit dem Diskurs über die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland unterstützt. Sie hat die seit Mitte der 1960er Jahre herrschende Rhetorik der Bildung als Bürgerrecht und der Studienreform abgelöst, die selbst die alte Rhetorik der Bildung durch Wissenschaft verdrängt hat (Münch 2007, S. 297).³⁸

Da der öffentliche Wissenschaftsmarkt aber nicht mittels Preissignalen gesteuert werden kann, müssen andere Signale diese Funktion übernehmen: Evaluierungen, Rankings, Drittmittel-Hitlisten etc. werden immer bedeutungsvoller in der finanziellen und personellen Steuerung einer Universität. Was als Objektivierung der Output-Messung („Effizienz“, „Exzellenz“) der „Ideologisierung“ des Inputs („Relevanz“, „Kritik“) entgegengestellt und

³⁶Dieses Prinzip der Gleichwertigkeit aller Hochschulen wurde den hierarchischen Prinzipien im deutschen Hochschulsystem des 18. und 19. Jahrhunderts mit seinen „Zubringer-“, „Durchgangs-“, „Einstiegs-“, „Aufstiegs-“ und „Endstationsuniversitäten“ und den Differenzierungen im französischen und angelsächsischen Hochschulsystem mit Blick auf die Gewährleistung von Chancengleichheit bewusst gegenübergestellt.

³⁷Münch (2007, S. 302 ff.) spricht deshalb vom neuen „Differenzierungsparadigma“. Hierzu tragen sicher auch die neuen private Universitäten und Hochschulen bei, die seit Anfang der 1990er Jahre wie Pilze aus dem Boden schießen. Anders als in den USA spielen die Privatuniversitäten aber im Wettbewerb um Wissenschaftler und Studierende nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ keine Rolle. Hier wird jedenfalls von der Betrachtung der Privatuniversitäten in Deutschland abgesehen.

³⁸Und Münch (2007, S. 297) ergänzt: „Das Problem dieser Rhetorik ist die große Abweichung der Realität von der beanspruchten Exzellenz und von der entsprechenden Leistungsgerechtigkeit der Verteilung von Forschungsmitteln.“

somit gegen Kritik immunisiert wird – wer eine (angeblich) objektive Evaluierung zurückweist, scheint schlicht den Wettkampf zu scheuen – implementiert zumindest in der konkreten Evaluierungs- und Ranking-Wirklichkeit eine vielfach gelagerte Diskriminierung: Münch (2007) weist auf die den Wissenschaftspluralismus³⁹ untergrabenden Anreize eines Indikatorensystems hin, dessen Ausgestaltung international eine (regional in einigen US-Elite-Universitäten konzentrierte) hegemoniale Wissenschaftselite bestimmt, und dessen nationale Implementierung eine starke regionale Konzentration (in wenigen Traditionsuniversitäten) und einen epistemologischen Monismus nach dem „Matthäus-Prinzip“ begünstigt: „Was als ‚exzellent‘ gilt, ergibt sich nicht aus einem offenen Wettbewerb mit gleichen Waffen unter Bedingungen der Chancengleichheit, sondern aus Zuschreibungen, die im Machtfeld Wissenschaft mittels Einsatz von akkumulierter Macht und mit Hilfe von politischer Steuerung durchgesetzt werden – auf Kosten von Wettbewerb, Vielfalt, Kreativität, Produktivität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandorts Deutschland“ (Münch 2007, S. 307).

Literatur

- Anrich, Ernst. 1960. *Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Avenarius, Hermann. 1979. *Hochschulen und Reformgesetzgebung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Backhaus, Jürgen G. 1993. The university as an economic institution: The political economy of the Althoff System. *Journal of Economic Studies* 20 (4/5): 8–29.
- Baumgarten, Marita. 1997. *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Becker, Hellmut. 1989. Bildungspolitik. In *Die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1*, Hrsg. W. Benz, 324–353. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Becker, Heinrich, Hans-Joachim Dahms, und Cornelia Wegeler. 1998. *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*. München: Saur Verlag.
- Benner, Dietrich. 2003. *Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie*. Weinheim: Juventa Verlag.
- Böhm, Helmut. 1995. *Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip – Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Borchard, Klaus. 1999. *Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn*. Bonn: Bouvier Verlag.
- Braun, Dietmar, und François-Xavier Merrien. 1999. Governance of universities and modernisation of the State: Analytical aspects. In *Towards a new model of governance for universities? A comparative view*, Hrsg. D. Braun und F.-X. Merrien, 9–33. London: Jessica Kingsley Publishers.
- Bruch, Rüdiger vom. 2006. Max Webers Kritik am „System Althoff“ aus universitätsgeschichtlicher Perspektive. In *Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Hrsg. R. v. Bruch, 205–221. Stuttgart: Steiner.

³⁹Hiermit sind gleichermaßen national unterschiedliche Wissenschaftskulturen wie konkurrierende Paradigmen gemeint.

- Bruch, Rüdiger vom, und Brigitte Kaderas. 2002. *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik – Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Busch, Alexander. 1959. *Die Geschichte des Privatdozenten. Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten*. Stuttgart: Arno Press.
- Chroust, Peter. 1994. *Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945*. Münster: Waxmann Verlag.
- Dahn, Daniela. 2007. Schiefer Vergleich. Der Freitag vom 20.04.2004. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/schiefer-vergleich>. Zugegriffen: 23. Februar 2015.
- Dahrendorf, Ralf. 1965. Soziologie und Nationalsozialismus. In *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus*, Hrsg. A. Flitner, 108–124. Tübingen: Wunderlich Verlag.
- Diers, Gerd. 1972. Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft (Hochschule für Sozialwissenschaften) in Wilhelmshaven-Rüstersiel. Darstellung und Deutung der Bemühungen um die Durchsetzung des Studienganges „Sozialwissenschaften“ und um die Anerkennung als wissenschaftliche Hochschule. Diss., Universität Göttingen.
- Eberle, Henrik. 2002. *Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Ellwein, Thomas. 1985. *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Königstein: Athenäum Verlag.
- Enders, Jürgen. 1996. *Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Engler, Steffani. 2001. „In Einsamkeit und Freiheit“? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz: UVK.
- Ferber, Christian von. 1956. *Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Finkenstaedt, Thomas. 2010. Die Universitätslehrer. In *Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, Hrsg. W. Rüegg, 153–188. München: Beck.
- Förster, Andreas. 2004. Grenzen der Erinnerung. *Berliner Zeitung* 13 (05): 2004.
- Fourcade-Gourinchas, Marion. 2001. Politics, institutional structures, and the rise of economics: A comparative study. *Theory and Society* 30:397–447.
- Fourcade, Marion. 2009. *Economists and societies. Discipline and profession in the United States, Britain and France, 1890s to 1990s*. Princeton: University Press.
- Frei, Norbert. 2003. *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München: Beck.
- Friedeburg, Ludwig von. 1992. *Bildungsreform in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Friedeburg, Ludwig von, Volker von Hagen, Wilhelm Hennis, Erwin K. Scheuch, und Thomas von der Vring. 1970. *Reform-Universität oder Kader-Hochschule? Ein Streitgespräch*. Bremen: Schünemann.
- Glötz, Peter. 1996. *Im Kern verrotten? Fünf vor Zwölf an Deutschlands Universitäten*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Goldschmidt, Dietrich. 1989. Hochschulpolitik. In *Die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1*, Hrsg. W. Benz, 354–389. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1967. Vom sozialen Wandel akademischer Bildung. In *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen*, Hrsg. S. Leibfried, 10–24. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Hagemann, Harald, und Claus-Dieter Krohn. 1999. *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. München: Verlag KG Saur.
- Hartmann, Michael. 2002. *Der Mythos von den Leistungseliten*. Frankfurt a. M.: Campus.

- Hecht, Arno. 2002. *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?*. Leipzig: Faber & Faber Verlag.
- Heiber, Helmut. 1991. *Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich*. München: Saur Verlag.
- Heiber, Helmut. 1994. *Universität unterm Hakenkreuz. Teil 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen*. München: Saur Verlag.
- Hillmert, Steffen. 2003. Altersstruktur und Karrierewege der Professorinnen und Professoren in der deutschen Soziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55 (1): 116–135.
- Höpfner, Hans-Paul. 1999. *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*. Bonn: Bouvier Verlag.
- Kaschuba, Wolfgang. 1993. Neue Götzen, neue Rituale. Die Berliner Humboldt Universität im Kulturkonflikt. *Süddeutsche Zeitung*, 20./21. März 1993.
- Kölbel, Matthias. 2002. Wachstum der Wissenschaftsressourcen in Deutschland 1650–2000. *Berichte für Wissenschaftsgeschichte* 25 (1): 1–23.
- Krige, John. 2006. *American hegemony and the postwar reconstruction of science in Europe*. Cambridge: MIT Press.
- Krohn, Claus-Dieter. 1987. *Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School für Social Research*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Krohn, Claus-Dieter. 2002. Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945. In *Wissenschaft und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Hrsg. Rüdiger R. v. Bruch, 437–452. Stuttgart: Steiner.
- Laitko, Hubert. 2011. Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft*, Hrsg. K. Fischer, H. Laitko, und H. Parthey, 199–237. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Lieb, Wolfgang, Helmut Schmidt, und Guido Tolksdorf. 1980. Die Forschungsentwicklung an der Hochschule. In *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Hrsg. S. Katterle und K. Krahn, 53–101. Köln: Universität Köln.
- Lundgreen, Peter. 1985. *Wissenschaft im Dritten Reich*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Meier-Hüsing, Peter. 2011. *Universität Bremen Vierzig Jahre in Bewegung*. Bremen: Edition Temmen.
- Müller-Böling, Detlev. 2000. *Die entfesselte Hochschule*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann.
- Münch, Richard. 2007. *Die akademische Elite*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Münkel, Daniela. 2008. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung der Hochschule. In *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Hrsg. D. Geppert und J. Hacke, 169–187. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Neave, Guy. 2010. Grundlagen. In *Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, Hrsg. W. Rüegg, 47–75. München: Beck.
- Nitsch, Wolfgang. 1967. Argumente für eine „kritische Universität“. In *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen*, Hrsg. S. Leibfried, 331–334. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Paletschek, Sylvia. 2002. Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen. In *Wissenschaft und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Hrsg. R.v. Bruch, 393–408. Stuttgart: Steiner.

- Pasternack, Peer. 2005. Wissenschaftsumbau. Der Austausch der Deutungseliten. In *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz*, Hrsg. H. Bahrmann und C. Links, 221–236. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Prisching, Manfred. 1993. The university as social institution: The change in academic institutions in Germany at the end of the nineteenth century. *Journal of Economic Studies* 20 (4/5): 30–51.
- Ringer, Fritz K. 1987. *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*. Stuttgart: Dtv Verlag Klett-Cotta.
- Rohstock, Anne. 2010. *Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976*. München: Oldenbourg.
- Rudloff, Wilfried. 2007. Die Gründerjahre des bundesdeutschen Hochschulwesens: Leitbilder neuer Hochschulen zwischen Wissenschaftspolitik, Studienreform und Gesellschaftspolitik. In *Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*, Hrsg. A. Franzmann und B. Wolbring, 77–101. Berlin: Akademie Verlag.
- Schael, Oliver. 2014. Von der Aufgabe der Erziehung. Das gescheiterte Reformexperiment der „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ in Wilhelmshaven-Rüstersiel (1949–1962). In *Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945*, Hrsg. D. Schmiechen-Ackermann, H. Otte, und W. Brandes, 53–80. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Spitta, Dietrich. 2006. *Menschenbildung und Staat. Das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts angesichts der Kritik des Humanismus*. Stuttgart: Mayer Verlag.
- Uhlig, Ralph. 1991. *Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nach 1933*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Vos, Louis. 2010. Studentische Bewegungen. In *Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, Hrsg. W. Rüegg, 249–281. München: Beck.
- Vring, Thomas von der. 1975. *Hochschulreform in Bremen. Bericht des Rektors über Gründung und Aufbau der Universität Bremen während seiner Amtszeit von 1970–1974*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Weber, Max. 1988. *Gesammelte politische Schriften*. Tübingen: Verlag Mohr (Siebeck).
- Wehrs, Nicolai. 2008. „Tendenzwende“ und Bildungspolitik. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) in den 1970er Jahren. *Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien* 42:1–17.
- Weingart, Peter. 2003. *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: Transcript.
- Wellmer, Albrecht. 1968. Unpolitische Universität und Politisierung der Wissenschaft. In *Universität und Widerstand*, Hrsg. D. Clausen und R. Dermittel, 108–116. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Willgerodt, Hans. 2011. *Werten und Wissen. Beiträge zur Politischen Ökonomie*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Wolbring, Barbara. 2007. „Ein wirklich neuer Anfang“. Öffentliche Kritik an den Universitäten und Reformforderungen in der Besatzungszeit (1945–1949). In *Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*, Hrsg. A. Franzmann und B. Wolbring, 61–74. Berlin: Akademie Verlag.

Das Ende der Heterodoxie?

Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in
Deutschland

Heise, A.; Sander, H.; Thieme, S.

2017, XIV, 193 S. 18 Abb., 8 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-14907-9